



Sitzungsniederschrift

Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Conversationshaus, Großer Saal, Am Kurplatz 1	
Sitzungsdatum:	14.05.2020	Niederschrift gefertigt am: 26.05.2020
öffentlich	Beginn: 18.10 Uhr	Ende: 19.30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RV Manfred Hahnen

Stimmberechtigtes Mitglied

2. stv. BM Jann Ennen

BG Stefan Wehlage

RM Hayo F. Moroni

BG Bernhard Onnen

BG Johannes Terfehr

BM Frank Ulrichs

RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann

RM Anfried Hauschild

RM Tobias Schnippering

RM Anke Dröst

RM Jens Podein

BG Axel Stange

RM Reinhard Kiefer

1. stv. BM Henning Padberg

stv. RV Silvia Selinger-Hugen

Von der Verwaltung

AV Holger Reising

Stl Mario Röttger

Schriftführer

Verw.-Angest. Irene Köß

Entschuldigt fehlen:

RM Jutta Wunsch

Tagesordnung

5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
6. Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde 1. Teil
7. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.12.2019
- öffentlicher Teil
8. Spenden über 2000 Euro
Aufstellung Nr. II/2019 (10.09. - 31.12.2019)
Jugendfeuerwehr, Kinderferienbetreuung u.a.
9. Spenden über 2.000,00 Euro
Aufstellung Nr. I/2020
KGS Norderney
10. Übernahme von zwei modifizierten Ausfallbürgschaften für die Wohnungsgesellschaft Norderney mbH
11. Haushaltsplan für das Jahr 2020 und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023
12. Bestellung einer Schiedsperson und ihres Vertreters für die Wahlperiode 2020 bis 2025
13. Kenntnisnahme von einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG des Verwaltungsausschuss über den Erlass einer Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 2 B "Innenstadt West, Teil B" (Herrenpfad)
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Anfragen und Anregungen
16. Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde 2. Teil

TOP 5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

RV Hahnen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. BG Wehlage stellt fest, dass in der Geschäftsordnung ein Bericht des Bürgermeisters bei Bedarf vorgesehen sei. Seit Dezember 2019 habe keine Ratssitzung mehr stattgefunden. Es bestehe der Bedarf bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Ratsmitgliedern. BG Wehlage stellt den Antrag, dass BM Ulrichs einen Bericht abgeben solle.

BM Ulrichs entgegnet, er habe BG Wehlage bereits auf seine Anfrage per Mail mitgeteilt, dass er keinen Bericht abgeben werde, weil sich in den letzten Wochen alles nur um Corona drehe. Dazu werde er unter „Mitteilungen der Verwaltung“ etwas sagen. Er werde den Bürgerinnen und Bürgern nichts vorenthalten. Im Übrigen seien in den letzten Wochen regelmäßig Pressekonferenzen abgehalten worden.

Beschluss

Die Tagesordnung soll um den Bericht des Bürgermeisters ergänzt werden.

2 Stimme/n dafür 10 Stimme/n dagegen 4 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird somit keinen Bericht des Bürgermeisters enthalten.

Auf Bitte von RV Hahnen erheben sich die Sitzungsteilnehmer zum Gedenken an das am Corona-Virus verstorbene langjährige ehemalige Ratsmitglied Volker Meyer.

TOP 6. Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde 1. Teil

Frau Tillmann teilt mit, sie sei Eigentümerin einer Ferienwohnung an der Kaiserstraße, und fragt, ob man die Lichtkugeln, die Licht nach oben strahlen, verändern könne. Sie müsse nachts eine Augenbinde tragen. Außerdem befinde sich Norderney im Weltnaturerbe Wattenmeer, und die Natur sei auch von dieser Form der „Lichtverschmutzung“ beeinträchtigt. BM Ulrichs antwortet, dass er zum ersten Mal von dem Problem höre, und notiert den Hinweis. Frau Bakker-Dinkla unterstützt die Bitte von Frau Tillmann, weil sie auch Anliegerin dieser Straße sei.

TOP 7. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.12.2019 - öffentlicher Teil

BG Onnen macht darauf aufmerksam, dass er auf dem Deckblatt der Niederschrift sowohl als anwesend als auch als abwesend aufgeführt sei. Tatsächlich sei er bei der Sitzung nicht anwesend gewesen. Die Niederschrift über die Sitzung vom 11.12.2019 - öffentlicher Teil – wird mit dieser Änderung mit 12 Jastimmen, 1 Neinstimme und 3 Enthaltungen genehmigt.

**TOP 8. Spenden über 2000 Euro
Aufstellung Nr. II/2019 (10.09. - 31.12.2019)
Jugendfeuerwehr, Kinderferienbetreuung u.a.**

2. stellv. BM Ennen nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss

Es wird beschlossen, dass folgende im Zeitraum vom 10.09. - 31.12.2019 eingegangenen Spenden über 2.000,00 Euro für das Jahr 2019 angenommen werden:

- A. u. E. Korus Stiftung, 26506 Norden
für die Jugendfeuerwehr Norderney 3.000,00 Euro
- Jann Ennen, 26548 Norderney
für Kinderferienbetreuung 3.120,00 Euro
- Anonyme Kleinspender per Spendenbox
für Nationalpark-Haus WattWelten 2.699,21 Euro

15 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 0 Enthaltungen

**TOP 9. Spenden über 2.000,00 Euro
Aufstellung Nr. I/2020
KGS Norderney**

Beschluss

Es wird beschlossen, dass folgende angekündigte Spende (über 2.000,00 Euro) für das Jahr 2020 angenommen wird:

- Förderkreis der Norderneyer Schulen e. V.
an die Kooperative Gesamtschule Norderney
zur Anschaffung eines Bühnenvorhanges für die Aula 14.209,20 Euro

16 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 0 Enthaltungen

**TOP 10. Übernahme von zwei modifizierten Ausfallbürgschaften für
die Wohnungsgesellschaft Norderney mbH**

BM Ulrichs teilt mit, dass die Darlehen dem Bau von 32 Wohnungen im Bereich „An der Mühle“ dienen und erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss

Die Stadt Norderney stimmt der Übernahme zweier modifizierter Ausfallbürgschaften für die von der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH bei der Deutschen Kreditbank (DKB) aufgenommenen Darlehen in Höhe von insgesamt 6,5 Mio. EUR zu folgenden Bedingungen zu:

KfW-Darlehen (Kreditanstalt für Wiederaufbau):

Betrag: 3.840.000,- EUR
 Zinssatz (Nominalzins): 0,60 % p. a.
 (0,95 % KfW Zinssatz abzgl. Nachlass DKB 0,35 %)
 Zinsbindung: 10 Jahre
 Ausz.-Kurs: 100 %
 Fälligkeit: monatlich
 Valutierung: 01.10.2020
 Besicherung: 80%ige Ausfallbürgschaft der Stadt Norderney

Kapitalmarktdarlehen:

Betrag: 2.660.000,- EUR
 Zinssatz (Nominalzins): 1,56 % p. a.
 Zinsbindung: Laufzeitende
 Ausz.-Kurs: 100 %
 Annuität: 115.178,04 EUR p. a.
 Fälligkeit: monatlich (9.598,17 EUR)
 Valutierung: 01.11.2020
 Besicherung: 80%ige Ausfallbürgschaft der Stadt Norderney

16 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 0 Enthaltungen

TOP 11. Haushaltsplan für das Jahr 2020 und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023

Die Haushaltsreden von BM Ulrichs und BG Wehlage sind der Niederschrift beigelegt. RV Hahnen teilt mit, die übrigen Fraktionen verzichteten aufgrund der Corona-Krise auf ihre Reden.

BG Wehlage teilt mit, dass seine Fraktion mit Ja stimmen werde, damit die Stadt Norderney in diesen Zeiten handlungsfähig sei.

Beschluss

Dem Haushaltsplan der Stadt Norderney für das Haushaltsjahr 2020 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023 sowie dem Wirtschaftsplan des städtischen Eigenbetriebes „Technische Dienste Norderney“ wird zugestimmt.

16 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 0 Enthaltungen

TOP 12. Bestellung einer Schiedsperson und ihres Vertreters für die Wahlperiode 2020 bis 2025

RV Hahnen erläutert die Sitzungsvorlage. BG Stange bittet um eine getrennte Abstimmung.

Beschluss

Der Rat der Stadt Norderney wählt Frau Anke Dröst zur Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Norderney. Er beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Empfehlung an das Amtsgericht Norden zu geben.

15 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 1 Enthaltung

Beschluss

Der Rat der Stadt Norderney wählt Frau Hedda Kreuzaler zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Norderney. Er beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Empfehlung an das Amtsgericht Norden zu geben.

11 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 5 Enthaltungen

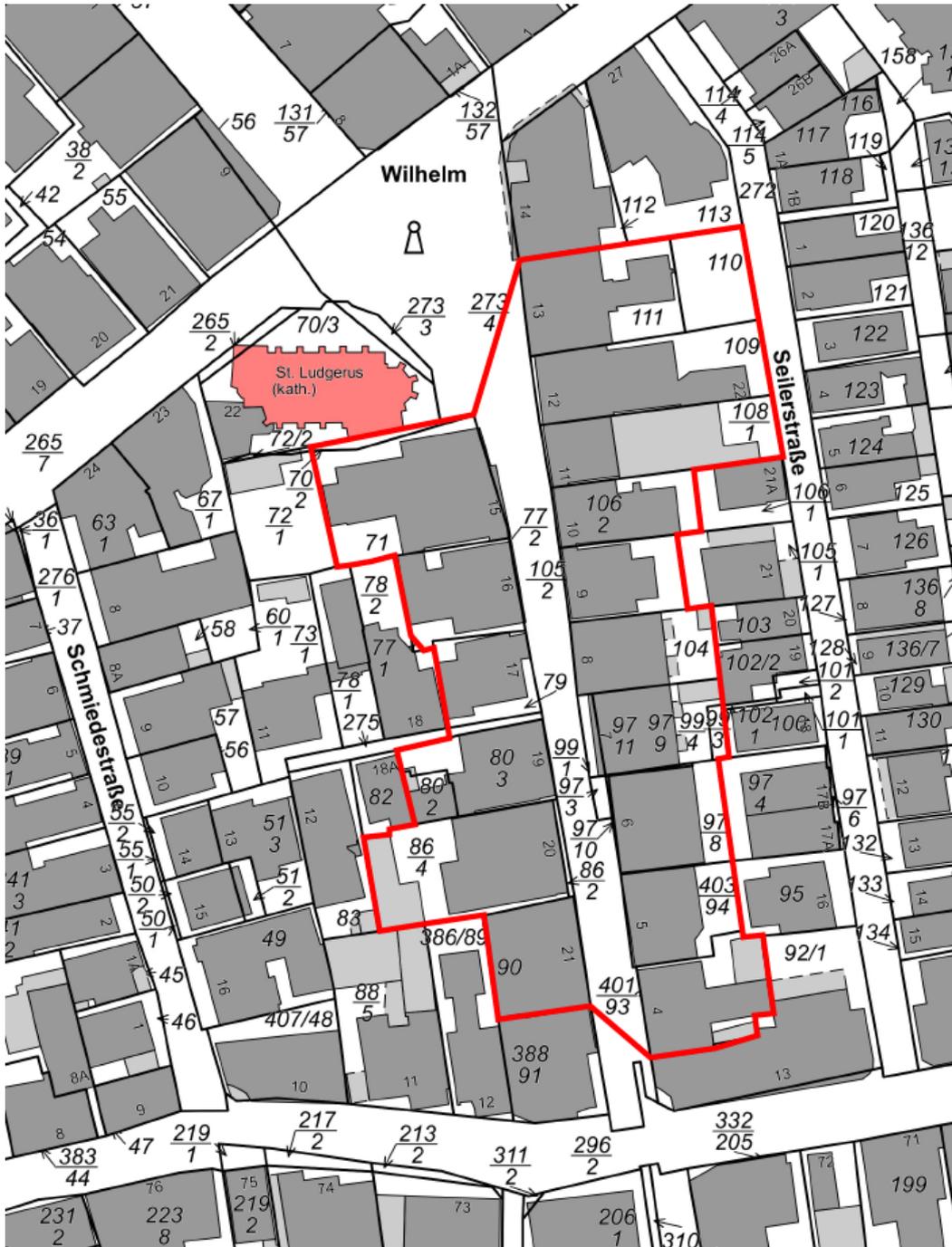
TOP 13. Kenntnisnahme von einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG des Verwaltungsausschuss über den Erlass einer Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 2 B "Innenstadt West, Teil B" (Herrenpfad)

BM Ulrichs erläutert die Sitzungsvorlage. 1. stellv. BM Padberg meint, dass kein Beschluss nötig sei, weil es sich um eine Kenntnisnahme handele. BM Ulrichs antwortet, dass es sich mit einem Beschluss um eine „aktive“ Kenntnisnahme handele.

Beschluss

Von der Eilentscheidung des Verwaltungsausschusses zum Erlass einer Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 2 B „Innenstadt West, Teil B“ (Bereich: Herrenpfad) wird Kenntnis genommen.

Der Geltungsbereich der Veränderungssperre ist aus dem anliegenden Lageplan ersichtlich:



15 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

1 Enthaltung

TOP 14. Mitteilungen der Verwaltung

- a) AV Reising teilt mit, dass 7 Bewerber um das Hotel-Grundstück an der Weststrandstraße bis zum 10.03.2020 ihre Bewerbung auf elektronischem Weg über das Portal Sub-Report abgegeben hätten. Eine Rechtsanwalts-Kanzlei, auf Vergabe- und Wettbewerbsrecht spezialisiert, sei für die Abwicklung des Verfahrens zuständig. 2 Bewerber hätten die formellen Anforderungen nicht erfüllt. 3 Bewerber hätten bis zum 08.05.2020 Nacherklärungen abgegeben. Heute habe die Kanzlei mitgeteilt, dass alle verbliebenen 5 Bewerber am Verfahren beteiligt werden könnten. Zunächst müssten nun alle auf elektronischem Weg ein indikatives Angebot abgeben (Abgabe eines Angebots zum Kaufpreis für das Grundstück, Vorlage eines Bau- und Betreiber-Konzeptes und eines städtebaulichen/architektonischen Konzeptes)

- b) BM Ulrichs geht auf die aktuelle Corona-Situation ein. Die Krisenzeit sei geprägt von einer unglaublich hohen Dynamik und Schnelligkeit. Eine Verordnung folge auf die nächste. Die Stadt werde mit E-Mails bombardiert. Das Ordnungsamt habe in den letzten beiden Tagen mehr als 400 E-Mails beantwortet. Die Telefonate könne man nicht mehr zählen. Parallel gebe es tausende von Anfragen beim Staatsbad. Die aktuelle Verordnung gelte bis zum 25.05.2020. Viele Anfragen bezögen sich auf die Zeit danach. Einige Fragen seien so speziell, dass sie nicht ad hoc zu beantworten seien.

Von einem „Mindestaufenthalt“ (§ 7 a der aktuellen nieders. Verordnung) sei vorher keine Rede gewesen, nur von einer Wiederbelegungsfrist. Zunächst müsse bei neuen Begriffen in Verordnungen geklärt werden, wie sie zu verstehen bzw. auszulegen seien. Die ostfriesischen Inseln agierten leider nicht einheitlich.

Die „Masse Mensch“ die auf der Insel ankäme, sei nicht mehr kontrollierbar. Die Polizei kontrolliere in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern der Stadt am Hafen stichprobenartig. Bisher hätten sich keine ernsthaften Auffälligkeiten ergeben. Heute habe er gehört, dass einige Tages Touristen unrechtmäßig auf die Insel kämen. Es gebe Klagen darüber, dass sich bei den Gästen nicht alle an die Maskenpflicht hielten. Er appelliere an jeden, sich an Abstandsregeln etc. zu halten, da die Öffnung der Insel nur so funktionieren könne. Niemand könne wollen, dass die Insel ein zweites Mal geschlossen werde.

TOP 15. Anfragen und Anregungen

- a) RM Dröst teilt mit, dass die Ausgrenzung der gewählten Ratsvertreter bei den Beratungen zur stufenweisen Öffnung der Insel ihre Fraktion sehr getroffen habe. Damit sich so etwas nicht wiederhole und man zukünftig gemeinsam konstruktiv an Lösungen arbeiten könne, hätten Bündnis 90/Die Grünen die sofortige Bildung eines Krisenstabes vorgeschlagen, der aus Mitgliedern aller im Rat vertretenen Parteien bestehen solle. Die Ratsmitglieder müssten jederzeit über die Belange der Stadt informiert sein und zwingend an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Das Wort „Krise“ bedeute eine schwierige Situation oder Zeit, die den Höhe- oder Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstelle. Wenn man die Last auf mehrere Schultern verteile, wöge die gesamte Last nicht mehr so schwer.

BM Ulrichs antwortet, dass die Idee des umstrittenen Positionspapiers keine der Stadt Norderney gewesen sei, sondern von den Touristikern im Land Niedersachsen gemeinsam mit den Landkreisen und den Oberbürgermeistern der großen selbständigen Städte entwickelt worden sei. In einer nichtöffentlichen Ratssitzung habe man in der letzten Woche lange darüber diskutiert. Im Übrigen sei das Papier schon aufgrund der weiteren Entwicklung überholt. Was man morgens bespreche, sei abends schon nicht mehr aktuell. Er finde es nicht in Ordnung, wenn in solch einer Krisensituation teilweise auch von der Presse so „draufgehauen“ werde.

RM Dröst erwidert, dass ihr Beitrag als „Handreichen“ verstanden werden solle. Es gebe nicht nur den Bürgermeister und den Kurdirektor, die Verantwortung hätten. Ihrer Fraktion gehe es um Beteiligung.

- b) RM Moroni teilt mit, dass er keine Krise mehr sehe. Die normale Sterberate der letzten Jahre liege bei weitem höher als die aktuellen Zahlen zu Todesfällen aufgrund einer Corona-Erkrankung. Nicht das Corona-Virus mache krank, sondern die Corona-Virus-Maßnahmen. Durch den Verordnungs-Wirrwarr blicke niemand mehr durch. Es gebe viele Missstände z. B. in den Krankenhäusern, wo die Behandlungen von anderen Krankheiten hinausgezögert worden seien. Man solle eine Gesamtbeurteilung mit gesundem Menschenverstand vor diesem Hintergrund machen und ansonsten alles laufen lassen sowie die Kontrollen abziehen.

- c) 1. stellv. BM Padberg teilt mit, dass die Gruppe CDU/FDP sich vehement gegen Tagestourismus ausspreche. Wenn das normale Leben wieder auf der Insel Einzug gehalten habe, könne man über

eine Öffnung für Tagestouristen sprechen. Infektionsketten seien bei Tagestouristen nicht nachvollziehbar. Das ganze andere Prozedere, das schwere wirtschaftliche Belastungen mit sich bringe, werde durch Tagestouristen ad absurdum geführt.

d) RM Selinger-Hugen meint, dass Ratsmitglieder Vorbilder während der Corona-Krise sein sollten. Sie bedankt sich bei Stadt und Staatsbad dafür, mit welcher Schnelligkeit wichtige Dinge auf den Weg gebracht worden seien.

e) BG Stange ist der Auffassung, dass die Zeiten für die Schadstoffannahme bei der Müllumschlagstation (nur am 1. Freitag im Monat vormittags) zu kurz bemessen seien. Er bitte die Verwaltung, auf den Landkreis einzuwirken, dass die Öffnung entweder 14-täglich erfolge oder an dem einen Freitag ausgeweitet werde.

f) RM Podein zeigt sich entsetzt über die Äußerungen von RM Moroni. Zu Beginn der Sitzung habe man mit einer Schweigeminute des verstorbenen Volker Meyer gedacht. RM Moroni antwortet, ihm tue leid, dass Herr Meyer verstorben sei. Allerdings hätten bei ihm - wie in den meisten anderen Fällen - erhebliche Vorerkrankungen vorgelegen. Es sei bei ihm genauso wie bei einem Glas Wasser gewesen. Wenn ein Tropfen zu viel hineingegeben werde, laufe das Wasser über. Die folgenden Worte von RM Moroni sind aufgrund des einsetzenden Tumults im Zuschauerbereich nicht wiederzugeben. RV Hahnen sorgt für Ruhe. RM Moroni ergänzt, dass es keine Rechtsgrundlage für ein Verbot des Tagestourismus auf die Insel gebe.

g) RV Hahnen fragt, ob zu Pfingsten zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen geplant seien. BM Ulrichs erwidert, dass noch nicht klar sei, was Pfingsten erlaubt sei und was nicht. Auf jeden Fall sei eine enge Abstimmung mit dem Landkreis und der Polizei notwendig.

h) RM Wehlage begrüßt, dass zwischen den 14-täglichen Sitzungen des Verwaltungsausschusses zusätzliche Treffen von politischen Vertretern stattfänden. Er bezieht sich auf die Beratung im gestrigen Ausschuss zum Thema „Straßengastronomie“ und fragt, ob es mittlerweile eine Auskunft vom Landkreis dazu gebe. BM Ulrichs antwortet, dass eine solche Auskunft noch nicht gegeben werden könne, weil jeder Fall individuell betrachtet werden müsse. Für die Zuschauer erläutert er, dass es verschiedene Anträge von Gastronomen gebe, in den Zeiten der Beschränkungen die Außengastronomie in den öffentlichen Straßenraum zu erweitern. Ähnliche Anträge habe es vor Jahren schon gegeben und vom Landkreis mit dem Hinweis auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs abgelehnt worden.

TOP 16. Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde 2. Teil

a) Herr Luttmann lobt die Baumaßnahme Benekestraße.

b) Herr Luttmann spricht der Stadt und dem Staatsbad ein Lob für die Leistungen während der Corona-Krise aus.

c) Herr Wobst fragt, ob BM Ulrichs in diesen Coronazeiten entscheiden könne, wer auf die Insel komme. Er schlägt vor, Gäste 14 Tage in Quarantäne zu schicken. BM Ulrichs erläutert, dass die Insel abhängig sei von Verordnungen aus dem Land und dem Landkreis Aurich. Die 7 ostfriesischen Inseln gehörten zu 4 Landkreisen. Dies mache die Situation nicht leichter. Aktuell regule eine Landesverordnung (§ 7 a) – gültig ab 11.05. – den Zugang zur Insel. Es habe große Rechtsunsicherheiten gegeben, was die Insel regeln dürften und was nicht. In der Verordnung seien die Verwandtenbesuche auf Verwandte 1. Grades beschränkt worden. Die Verwaltung habe daraufhin entschieden, alle Verwandten auf die Insel reisen zu lassen. Ob dies rechtlich haltbar sei, müsse sich später erweisen. Eine Quarantäne für Gäste könne nicht einmal das Land festlegen.

d) Herr Jentsch stellt fest, dass in der Corona-Zeit viel über Pflegekräfte und das, was sie leisteten, gesprochen werde. Viele Pflegekräfte auf Norderney würden unter Tarif bezahlt. Er fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, sie mindestens nach Tarif zu bezahlen. BM Ulrichs antwortet, dass man auf die

Bezahlung von fremdem Personal keinen Einfluss nehmen könne. Im Krankenhaus sei man gerade gemeinsam mit dem Personalrat auf einem guten Weg. Es gebe mittlerweile auch wieder Gehaltsanpassungen.

e) Herr Jentsch erklärt, er habe Presseberichten entnommen, dass der Heimleiter im Altenheim ausgeschieden sei und zurzeit nur vorübergehend eine Angestellte einer Beratungsfirma die Aufgaben wahrnehme. Er fragt, ob BM Ulrichs zu der Dame Kontakt aufgenommen habe. Er habe Bedenken, dass ihre Beschäftigung negative Konsequenzen für das Personal haben könne. BM Ulrichs antwortet, er sei sehr froh, dass man gerade in dieser Zeit, in der Bewohner keinen Kontakt zu Angehörigen hätten, Frau Miller habe gewinnen können.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Hahnen
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Köß
(Protokollführerin)